

Antrag (Entschließung) der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD, der CDU und der FDP

Den europäischen Reformvertrag von Lissabon ratifizieren!

Am 19. Oktober 2007 haben sich die Staats- und Regierungschefs der 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union in Lissabon auf den Text eines „Vertrags zur Änderung des Vertrags über die Europäische Union und des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft“ („Vertrag von Lissabon“) geeinigt. Dieser Vertrag soll auf dem Europäischen Gipfel am 13. und 14. Dezember 2007 unterzeichnet und bis Ende des Jahres 2008 durch die zuständigen Organe der Mitgliedstaaten ratifiziert werden.

Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) begrüßt die Einigung in Lissabon auf einen neuen Vertrag, der die politische und rechtliche Substanz des gescheiterten „Verfassungsvertrages“ von 2004 sehr weitgehend übernimmt. Nur so lässt sich die politische Handlungsfähigkeit der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten nach ihrer Erweiterung weiterentwickeln. Insbesondere begrüßt sie

- die Rechtsverbindlichkeit der Grundrechte-Charta;
- die Stärkung der Kompetenzen des Europäischen Parlaments und die damit einhergehende Legitimation europäischer Entscheidungen;
- dass zukünftig das europäische Parlament in der Regel gleichberechtigter Gesetzgeber neben dem Rat, auch in Haushaltsfragen, sein wird;
- die Wahl des/der Kommissionspräsidenten/in direkt durch das Parlament mit Mehrheit;
- die Ausweitung der Entscheidungen mit qualifizierter Mehrheit im Rat als Regelfall;
- die Einführung des Prinzips der „doppelten Mehrheit“ im Rat;
- die Öffentlichkeit der Tagungen des Rates bei Beratung oder Abstimmung über Gesetzgebungsakte;
- die Schaffung des Amtes eines/einer auf zweieinhalb Jahre gewählten Präsidenten/in des Europäischen Rates als offizielles Organ der EU;
- die Schaffung eines/einer Hohen Vertreters/in der Union für Außen- und Sicherheitspolitik, die/der zugleich Vizepräsident/in der Kommission ist;
- die Reduzierung der Zahl der Kommissare/innen von 27 auf 15 bei Einführung eines gleichberechtigten Rotationsprinzips;
- die Einführung eines Bürgerbegehrens, mit dem die Kommission zur Vorlage von Rechtsetzungsvorschlägen aufgefordert werden kann.

Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) begrüßt die Neuregelungen, die das Verhältnis von Ländern und Kommunen zur europäischen Union klären und verbessern:

- die Schärfung der Kompetenzabgrenzung zwischen der Europäischen Union und den Mitgliedstaaten (und damit in Deutschland der Länder);
- die Stärkung der nationalen Parlamente (und damit auch des Bundesrates) durch das Subsidiaritäts-Frühwarnsystem;
- das Klagerecht der nationalen Parlamente und des Ausschusses der Regionen bei Verstößen gegen das Subsidiaritätsprinzip;
- die Hervorhebung der wichtigen Rolle der regionalen und kommunalen Behörden bei der Ausgestaltung der Dienste von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse („Daseinsvorsorge“);
- die Respektierung der regionalen und kommunalen Selbstverwaltung als Teil der zu achtenden nationalen Identität.

Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) unterstützt, dass gegenüber dem „Verfassungsvertrag“ die Ziele einer solidarischen europäischen Energieversorgungspolitik und der Klimaschutz- und Umweltpolitik verstärkt worden sind.

Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) geht davon aus und wird dabei mitwirken, dass sich die europäische Politik in Zukunft verstärkt neuen Aufgaben zuwendet: die Weiterentwicklung des sozialen Zusammenhalts, die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit, die Gestaltung der Welthandelsbeziehungen, eine gemeinsame Außenpolitik, die Bekämpfung des Terrorismus und internationaler Kriminalität, die Gestaltung einer gemeinsamen Migrationspolitik sowie alle Fragen der Energie- und Klimaschutzpolitik.

Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) spricht die Erwartung aus, dass die Ratifizierung des Reformvertrages in Deutschland in Bundestag und Bundesrat zügig eingeleitet und – verbunden mit einer breiten Information der Bürgerinnen und Bürger – positiv abgeschlossen wird.

Dr. Hermann Kuhn, Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Ulrike Hiller, Dr. Carsten Sieling und Fraktion der SPD

Jörg Kastendiek, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU

Oliver Möllenstädt, Uwe Woltemath und Fraktion der FDP